

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die österreichische Zellwollindustrie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Die österreichische Zellwollindustrie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 4, pp. 51-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131093>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zukunft rechnet man ziemlich sicher mit der Einführung eines Wertzolles in Höhe von mindestens 30 %. Der westdeutsche Gesamtbedarf an Stärke, der unter Berücksichtigung der durch Flüchtlinge und Ostvertriebene stark angewachsenen Bevölkerungszahl und des für den Verbrauch von Industriestärke in Betracht kommenden industriellen Potentials auf rund 165 000 t jährlich veranschlagt wird, ist zur Zeit durch Eigenerzeugung annähernd gedeckt, wobei das Schwergewicht auf Maisstärke liegt. Der Bedarf an Kartoffelstärke, die vornehmlich von der Industrie, besonders von der Textilindustrie verwendet wird, muß aus den angeführten Gründen ganz überwiegend durch Importe befriedigt werden. In der gewerblichen Stärkeverwertung hat sich daher vielfach eine Verlagerung von Kartoffelstärke auf Getreidestärke als nötig erwiesen. Kleinere Mengen Kartoffelstärke wurden im vergangenen Jahre teilweise unkontrolliert aus der Ostzone bezogen.

ABSATZLAGE UND PREISDRUCK

Die gegenwärtige Absatzlage der westdeutschen Stärkeindustrie ist dadurch gekennzeichnet, daß die Umsätze in allen Stärkesorten in letzter Zeit nicht unerheblich zurückgegangen sind. Insbesondere die Nahrungsmittelindustrie, die etwa 70 % des gesamten Stärkeangebots abnimmt, hat mit Käufen zurückgehalten, da die Nachfrage nach Stärke und Stärkefabrikaten ebenso wie nach allen Nahrungsmitteln heute relativ gering ist. Die übrigen am Stärkebezug interessierten Industriezweige haben sich vorläufig aus Importen voll eingedeckt, so daß von dieser Seite her einstweilen keine größeren Käufe zu erwarten sind. Bei der Puddingpulverindustrie, die zu den Großabnehmern von Getreidestärke gehört, scheint sich die Absatzlage neuerdings etwas entspannt zu haben, insofern als kleinere Betriebe dieser Branche schon wieder etwas mehr Stärke abnehmen. Die Großbetriebe, die sich mit Stärke voll eingedeckt hatten, nehmen jedoch immer noch eine abwartende Haltung ein. Von Stärkederivaten kann Dextrin noch nicht voll geliefert werden, da die Kapazitäten nicht ausreichen. Es sind jedoch Dextrinfabriken zur Zeit im Bau, so daß in absehbarer Zeit eine Besserung der Versorgungslage auf diesem Gebiet zu erwarten ist. Der westdeutsche Bedarf an Dextrose wird dagegen reichlich gedeckt. Glukose kann gegenwärtig nicht unbeschränkt von der Marmeladenindustrie abgenommen werden, da der Preis noch zu hoch ist. Angesichts der relativ geringen Nachfrage nach Stärke und Stärkeprodukten hat sich die Konkurrenz innerhalb der Stärkeindustrie in letzter Zeit erheblich verschärft, was sich vor allem in einem starken Preisdruck auswirkt. Von der VELF wurden s. Zt. Höchstpreise festgesetzt, die für Maisstärke ab Station 65 DM, für Importmaisstärke franko Großhandel 69,70 DM, für Weizenstärke 72 DM und für Milostärke 72 DM je 100 kg betragen. Sämtliche Höchstpreise der VELF werden gegenwärtig unterboten. Alles in allem scheint die westdeutsche Stärkeindustrie trotz der gegenwärtigen Absatzstockung den Tiefpunkt der Nachkriegsentwicklung überwunden zu haben. Eine Betriebsrationalisierung wird von führen-

den Stärkeindustriellen für unerlässlich gehalten, und man hofft, nach ihrer Durchführung auf einer normalen Basis mit einer ruhigen Stammkundschaft rechnen zu können. Im übrigen ist man in Kreisen der Stärkeindustrie nicht allzu geneigt, eine Kapazitätsausweitung über ein gewisses Maß hinaus in Westdeutschland durchzuführen. Man verweist darauf, daß das Standort gebundene Schwergewicht der deutschen Stärkeindustrie nach wie vor im Osten liegt, und daß bei einer Bereinigung des deutschen Ost-West-Problems strukturelle Rückbildungen sich als nötig erweisen könnten, wenn man lediglich unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Abschnürung durch den „Eisernen Vorhang“ einen stärkeren Ausbau der westdeutschen Kapazität anstreben würde.

Unbedingt wünschenswert wäre für die Zukunft die Vermeidung einer Importschwemme, wie sie letzthin infolge der teilweisen Liberalisierung der Handelsverträge zu verzeichnen war. Bei deren Beginn war tatsächlich noch ein ungedeckter Stärkebedarf vorhanden, was zu Importanträgen führte, die weit über das notwendige Maß hinausgingen. Ohne Rücksicht auf die in Westdeutschland vorhandene Produktionskapazität und den tatsächlichen Bedarf wurde Stärke besonders aus Holland eingeführt. Die Folge hiervon war, daß sich für die zuviel importierte Stärke erhebliche Absatzschwierigkeiten ergaben, was manchen Importeur veranlaßte, die überschüssige Importware zu jedem Preis loszuschlagen. Es ist zu hoffen, daß diese Erfahrungen gewisse „Auch-Importeure“, die ohne Kenntnis des Inlandmarktes Stärke im Ausland einkauften, veranlassen, künftig etwas vorsichtiger bei ihren Auslandsbezügen zu verfahren. Dies ist schon mit Rücksicht darauf geboten, daß wir es uns nicht leisten können, ohne zwingende Notwendigkeit unser Außenhandelsdefizit noch weiter zu vergrößern.

H. M.

Die österreichische Zellwollindustrie

In Österreich erweckte zu Jahresschluß eine Transaktion der Lenzinger Zellwolle- und Papierfabrik AG wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung lebhaftes Interesse. Kurz nach dem „Anschluß“ (28.5.1938) erwarb die Thüringische Zellwolle AG die Aktien der Lenzinger Papierfabrik AG, die sich zu 96,86 % im Besitze der Bunzl-Konzern Holding AG, Zug, befanden. Die Thüringische Zellwolle brachte diese Aktien in die neugegründete Lenzinger Zellwolle- und Papierfabrik AG ein, die unter Verschmelzung mit der ursprünglichen Lenzinger Papierfabrik AG von ihr gegründet wurde. Daran beteiligte sich auch die österreichische Textilindustrie, die 38 % der neuen Aktien übernahm. (Nach anderen Angaben sollen sich damals 50 % des Aktienkapitals von 25 Mill. RM — es handelt sich um Namensaktien — in österreichischem Besitz befunden haben). Nach der Ansicht der amerikahischen Besatzungsmacht handelt es sich bei der Lenzinger Zellwolle um deutsches Eigentum, das nur als Treuhändvermögen der österreichischen Regierung zur Verwaltung überlassen wurde, so daß es auch jetzt noch unter öffentlicher Verwaltung steht. Obwohl der Bunzl & Biachkonzern bzw. dessen ur-

sprünglich Wiener Inhaber ihre Aktien, die seit Jahren keine Dividende abgeworfen hatten, gegen Entgelt veräußert hatten, meldeten sie doch Rückstellungsforderungen an, wobei sie sich auf die entsprechende österreichische Gesetzgebung stützten. Da diese im allgemeinen nach 1938 erfolgten Vermögensübertragungen, namentlich bei Nichtariern, als politisch bedingt betrachtet wurden, kam es zu einem Vergleich, wonach die Zellwolle AG der Rückstellung der vor 1938 bestanden Werte an die Rückstellungsbewerber zustimmte. Dieser Vergleich wurde zwischen ihnen und dem damals noch bestehenden Vermögenssicherungsministerium abgeschlossen, das die Verwaltung des der Regierung anvertrauten Deutschen Eigentums führte. Obwohl derartige Rückstellungsklagen bei dem sog. Deutschen Eigentum — bis Abschluß des Staatsvertrages gilt es formell als von der Besatzungsmacht beschlagnahmt — sonst regelmäßig undurchführbar sind, hat in diesem Falle die Besatzungsmacht ihre Zustimmung gegeben. Es wurde also hier eine Verfügung über Deutsches Eigentum getroffen und von diesem ein Buchwert von 18,8 Mill. S abgetrennt. Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß dieses Beispiel in größerem Umfang Schule macht, da die Bunzl & Biachgruppe ihren Erfolg wohl in erster Linie ihren bedeutsamen internationalen Verbindungen verdankt.

Gleichzeitig erfolgte ein weiterer, noch bedeutsamerer Eingriff in das Aktienkapital der Zellwolle AG, die nun getrennt von den alten Werten (Zellstoff- und Papierfabrik) geführt wird. Sie wies bereits während des Krieges erhebliche Passiven auf, da sie erst im Anlaufen war. Nach dem Kriege vergrößerten sich diese Schwierigkeiten wegen der zu geringen Kapazitätsausnutzung. Dem Aktienkapital von 25 Mill. S und dem Anlagevermögen von 26 Mill. S stand in der Bilanz per 31. 12. 1948 ein Reinverlust von 28,7 Mill. S aus den früheren Jahren gegenüber. Es wurde demnach eine Sanierung notwendig, die durch Herabsetzung des Aktienkapitals auf 2,5 Mill. S unter gleichzeitiger Erhöhung auf 20 Mill. S gefunden wurde. Ferner gelang es, einen 50 %igen Vergleich zu erreichen. Von den Verpflichtungen ist eine Forderung des holländischen Staates am interessantesten (ursprüngl. 20,4 Mill. RM). Dieser Kredit, für den Holland vergebens Sachrestituten angemeldet hatte, ist eigentlich eine Forderung Hollands an das Reich, das ihn weitergab, so daß das Reich als Schuldner Hollands aufzutreten hätte. Bei dieser Rechtslage, die günstigenfalls nur zur Zurückzahlung eines Zehntels in DM geführt hätte, schien das Angebot der Anerkennung der halben Forderung in Schilling durch die österreichische Gesellschaft zweifellos günstiger als ein ganz unsicherer Prozeß.

Die Betriebstrennung der Zellwollefabrik von der alten Zellstoff- und Papierfabrik, die räumlich aneinandergrenzen, erforderte ein umfassendes Vertragswerk. Die Zellstofffabrik verpflichtet sich darin, die Hälfte ihrer Produktion (gegenwärtig 23 000 t, Kapazität 30 000 t) zu üblichen Inlandspreisen der Zellwollefabrik zu liefern, diese stellt aber aus ihren modernen Anlagen der Zellstofffabrik Energie, Dampf, Wasser zur Verfügung.

Die Lenzinger Zellwollefabrik war erbaut für eine Tageskapazität von 100 t Zellwolle und erreichte tatsächlich 1942 bereits 23 000 t und 1943 rund 30 000 t Zellwolle. Ihr monatlicher Bedarf an oberösterreichischer Braunkohle stellt sich auf 40 000 t. Ihre Lage war zwar für den Bedarf der großdeutschen Wirtschaft, auch im Hinblick auf die nahen Kohlenlager und die Ätznatronlieferungen aus den Solvaywerken Ebensee und Hallein, gut gewählt, sie entspricht aber nicht mehr der gegenwärtigen Holzbasis. Das Werk soll Buchenholzzellstoff verwerten, der aber vorwiegend im weit entfernten Wiener Wald anfällt. Unter Protest der Papierindustrie ist sie deshalb zur Mitverwendung von Fichtenzellulose (gegenwärtiger Zusatz 30 % aus Hallein) übergegangen.

In den letzten Monaten ist es dem Werke, das 1948 etwa 9000 t und 1949 16 000 t Zellwolle erzeugte, gelungen, seine Erzeugung auf 70—80 t täglich zu steigern, doch soll die Produktion auf 60 t konstant erhalten werden. Damit ist eine wesentliche bessere Ausnutzung der Werkanlagen und eine günstigere Rentabilität gegeben, so daß die Bilanz für 1949 bereits aktiv sein dürfte. Von der Produktion gehen 40 % ins Ausland, der Rest deckt etwa ein Drittel des österreichischen Textilrohstoffbedarfes. Bei den Auslandslieferungen handelt es sich nur z. T. um Kompensationsgeschäfte, meist wird aber im ungebundenen Verkehr geliefert.

Im allgemeinen können die nötigen Rohstoffe im Inland aufgebracht werden, doch bestehen Schwierigkeiten in der Zellstoffbeschaffung, da die österreichische Papierindustrie bereits 90 % ihrer Kapazität ausnutzt und ein umfangreiches Investitionsvorhaben (über 1 Milliarde S) entwickelte. Auch die Inlandskohle ist knapp geworden und muß z. T. aus der Tschechoslowakei ergänzt werden. Chemikalien sind zwar im Inlande erhältlich, es fehlt aber an Schwefelsäure, die z. T. aus Italien, z. T. aus Deutschland (Bayern) beschafft werden muß.

Der Export, der für eine rentable Betriebsgestaltung erforderlich ist, scheint in naher Zukunft gesichert zu sein. Es entwickelt sich zwar in der Tschechoslowakei (Preßburg) eine erhebliche Konkurrenz, der Südosten bleibt aber vorderhand ein guter Abnehmer, um so mehr, da nunmehr die Preise erheblich unter den Baumwollpreisen liegen (in Österreich 11,62 S bzw. 18,50 S je kg). Selbst nach Ägypten wird exportiert, das Zellwolle verwendet, um hochwertige Baumwolle ausführen zu können.

Da Lenzing das einzige Zellwolle-Werk Österreichs ist, hat Österreich nicht die Produktionsmöglichkeiten, die sich aus dem Erzeugungsprogramm mehrerer Fabriken ergeben. Nach der Überwindung der Anlaufschwierigkeiten erscheint die Zukunft dieses für österreichische Verhältnisse überdimensionierten Werkes weniger problematisch als in der ersten Nachkriegszeit und kann optimistisch beurteilt werden. Notwendig ist allerdings ein Aufklärungsfeldzug in der Bevölkerung, die der Zellwolle noch immer als „Kriegersatzstoff“ mit Mißtrauen gegenübersteht, nicht zuletzt wegen der in der ersten Nachkriegszeit nicht immer sachlich geführten Polemik gegen deutsche Einrichtungen.

Dr. K. W.